

Millionärssteuer statt Agenda 2020

Die CDU/CSU entdeckt ihr Herz für die Mütter und deren Renten, die SPD die soziale Ungerechtigkeit. Und auch über einen Mindestlohn oder eine „Lohnuntergrenze“ wird geredet. Es ist Wahlkampfzeit. Da wird schon mal die soziale Gerechtigkeit als Thema entdeckt. So als hätten CDU/CSU/FDP/SPD/GRÜNE mit Sozialabbau, Niedriglöhnen, Altersarmut, Rentenklau und mit Steuergeschenken für Konzerne und Millionäre in den letzten Jahrzehnten rein gar nichts zu tun.

Gleichzeitig wird eine „Agenda 2020“ immer stärker in die öffentliche Debatte eingebracht. Die Rente mit 69 wird zum Thema gemacht. Wir werden auf neue brutale Kürzungen vorbereitet. Das ist ernst zu nehmen.

Millionärssteuer statt Wahlspeck

Eine große Koalition aus CDU/CSU/FDP/SPD und Grünen schrieb im Jahr 2009 die sogenannte Schuldenbremse ins Grundgesetz. Die schränkt den finanziellen Spielraum von Bund, Ländern und Gemeinden enorm ein.

Wenn gleichzeitig spürbare Steuererhöhungen für Banken, Konzerne und Millionäre abgelehnt werden, bleiben nur erneute Kürzungen bei den Beschäftigten, den Rentnern, den Erwerbslosen übrig.

2014: Plünderung der Sozialkassen

Im Haushalt für das Jahr 2014 ist bereits vorgesehen,

die Sozialkassen zu plündern. So soll der Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds um 3,5 Milliarden Euro gesenkt werden. Mit diesen Bundeszuschüssen aber wird die Versicherung der Kinder finanziert. Damit ist eine Beitragserhöhung für die Versicherten abzusehen. Sie allein werden die Kosten zu tragen haben, da der Beitrag der Unternehmer eingefroren wurde.



Auch die Zuschüsse für die Rentenversicherung werden gekürzt – dabei erleben die Rentner gerade in diesem Jahr eine spürbare Senkung ihrer realen Renten.

Die Kürzung der Leistungen für die Langzeitarbeitslosen gehört auch zum Katalog.

Durchgesickert sind Pläne zur Kürzung der Witwenrenten, zur Erhöhung der Abschläge bei vorzeitigem Ruhestand und zur Erhöhung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel oder den Nahverkehr.

Das entlarvt das Reden von CDU/CSU/SPD/Grüne über die steigende Altersarmut als Heuchelei.



Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

In den EU-Staaten Griechenland, Spanien, Portugal und Italien wird ausprobiert, was möglich ist: Massiv gekürzte Löhne und Renten, geschlossene Kliniken und Schulen und Ausverkauf des letzten öffentlichen Eigentums. Und das alles bei Schonung der privaten Banken und ihrer Besitzer. In Zypern wurde versucht, die Konten der Kleinsparer zu plündern.

Die Politik zur Vermehrung des Reichtums Weniger, diese Umverteilung von Arm nach Reich wird weitergehen, wenn wir sie nicht stoppen.

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit wird in den Betrieben, Verwaltungen und auf der Straße entschieden.

Eine breite und aktive Bewegung für UmFairteilen kann das Tor zu einer anderen Politik öffnen.

Die Forderungen nach einer Millionärssteuer und nach einer Vermögensabgabe müssen erkämpft werden – gegen die Interessen der Reichen, der Großaktionäre, der Banken und Konzerne.

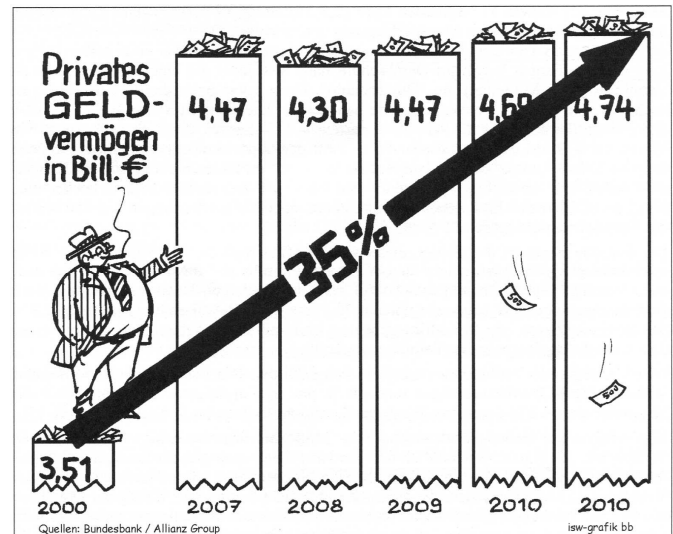
Die Forderung nach einer Vermögensabgabe muss eingebunden sein in den gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Angriffe der Kapitaleseite in den Betrieben und in den Kommunen, die mit Hilfe der verordneten sog. Schuldenbremse kaputt gespart werden. In diesem gemeinsamen Abwehrkampf liegt der Schlüssel zum Erfolg.

Eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird nur durch eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich.

Für eine dauerhafte Überwindung der Armut ist eine Überwindung der jetzigen kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse notwendig.

Krise? Nicht für alle!

Die Zahl der Milliardäre ist weltweit gestiegen. Ihr privater Besitz stieg innerhalb des letzten Jahres um 12,5 Prozent auf 5,4 Billionen Euro. Davon wohnen einige auch in Deutschland.



Deutschland hat in Europa nach der Schweiz die höchste Millionärsdichte: etwa eine Million Millionäre. Das sind ein Prozent der Bevölkerung.

Ihr Geldvermögen wächst durchschnittlich um 8 Prozent in jedem Jahr. Irgendwo muss das viele Geld für die „Bankenrettungen“ ja landen.

Oh, wie schön ist Panama

Mögen russische Oligarchen einige ihrer Millionen auf Zypern gelagert haben – unsere Milliardäre wie Porsche, Piech und Quandt bevorzugen da u.a. Panama. Auch in dieser Steueroase können sie ihre Millionen vor dem Finanzamt in Sicherheit bringen. Insgesamt verfügen deutsche Superreiche über geschätzte 400 Milliarden Euro in Finanzoasen.

Hartz IV ist ein entwürdigendes staatliches Verarmungsprogramm.

Die Hartz-Gesetze sind der Knüppel, mit dem Belegschaften zu Zugeständnissen gezwungen werden wie längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich oder Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Wer soziale Gerechtigkeit will, muss diese Gesetze abschaffen.

Die Agenda 2010 ...

- führte die Minijobs ein, erleichterte die Leiharbeit, schaffte die Arbeitslosenhilfe ab.
- Befristungen, Leiharbeit, prekäre Arbeit ohne Sicherheit, ein wuchernder Niedriglohnbereich, Armut trotz Arbeit betreffen inzwischen jeden Vierten. Kinderarmut nahm extrem zu.

dkp-minden.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
Minden

DKP
www.kommunisten.de

Das Nachrichtenportal